

Übungsheft Lösungen

B4: Ehe

- a) = rechtlich anerkannte Lebensgemeinschaft von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit (§ 1353 I 1 BGB)
- b) Ehefähigkeit (§§ 1303 ff. BGB), keine Verbote (§§ 1306 ff. BGB), keine Willensmängel (§ 1314 II BGB), Einhaltung der Form (§§ 1310 ff. BGB)
- c) nein, Lina ist nicht ehemündig (§ 1303 S. 1 BGB), das Einverständnis der Eltern ändert daran nichts, eine Heirat vor Volljährigkeit der Lina ist seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen zum 22.07.2017 nicht mehr möglich, auch eine richterliche Befreiung sieht der Gesetzgeber nicht mehr vor
- d) das kommt darauf an, entscheidend ist, ob er tatsächlich geschäftsfähig ist (§ 1304 BGB), die bloße Anordnung einer Betreuung wirkt sich nicht auf die Geschäftsfähigkeit aus
- e) ja, das Verbot der Verwandtenehe (§ 1307 S. 1 BGB) gilt nicht für Verschwägte (vgl. § 1590 I BGB)
- f) nein, nach § 1307 S. 2 BGB ändert das Erlöschen der bisherigen Verwandtschaftsverhältnisse in juristischer Hinsicht (vgl. § 1755 I BGB) nichts an der tatsächlichen Verwandtschaft
- g) grundsätzlich nein, nachdem sie durch die Adoption miteinander verwandt wurden (§ 1308 I BGB), das Familiengericht kann allerdings die Befreiung erteilen (§ 1308 II 1 BGB), weil die Adoptionsverwandtschaft nur in der Seitenlinie besteht (§ 1589 S. 2 BGB)
- h) nein, eine Aufhebung der Ehe wegen eines Willensmangels ist zwar generell möglich (§ 1314 II Nr. 3 BGB), allerdings kommt ein Irrtum über Vermögensverhältnisse nicht in Betracht, auch die allgemeinen Anfechtungsvorschriften (§§ 119 ff. BGB) sind im Eherecht nicht anwendbar, es bleibt nur noch die Scheidung (§§ 1569 ff. BGB)
- i) unter einer Scheinehe versteht man eine Ehe, die nur geschlossen wurde, um günstigere Rechtsfolgen aus ihr abzuleiten (wie z. B. steuerrechtliche, ausländerrechtliche oder namensrechtliche Vorteile), ohne dass eine eheliche Lebensgemeinschaft (§ 1353 I BGB) begründet werden soll, derartige Ehen sind aufhebbar (§ 1314 II Nr. 5 BGB), antragsberechtigt hierfür ist u. a. die zuständige Verwaltungsbehörde (vgl. § 1316 I, III BGB)

Übungsheft Lösungen

- j)** nein, die Ehegatten müssen ihren Willen zur Eheschließung vor einem Standesbeamten erklären (§ 1310 I BGB)
- k)** **aa)** nein, die Mitwirkung eines Standesbeamten ist zwingend (§ 1310 I BGB), es liegt eine Nichtehe vor, evtl. kommt eine Heilung in Betracht, aber nur wenn der Scheinstandesbeamte die Ehe in das Eheregister eingetragen hat (§ 1310 II BGB)
bb) ja, das Erfordernis eines Ehefähigkeitszeugnisses (§ 1309 I BGB) ist nur Sollvorschrift
cc) die Ehe ist zunächst aufhebbar (§ 1314 II Nr. 3 BGB), allerdings müsste Mia binnen Jahresfrist handeln (§ 1317 I BGB), anderenfalls gilt die Ehe als bestätigt (§ 1315 II Nr. 4 BGB)
- l)** die Aufhebung der Ehe erfolgt durch gerichtliche Entscheidung mit Wirkung für die Zukunft (§ 1313 S. 1 + 2 BGB), sie entfaltet keine Rückwirkung, außer im Erbracht (§ 1318 V BGB), die Folgen sind ähnlich wie bei der Scheidung, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen, Einzelheiten ergeben sich aus §§ 1318 II – IV BGB